

Werner Siebler
Beitrag zur Podiumsdiskussion beim
Demokratischen Ratschlag, Rathaus Bonn-Beuel, 22.05.2024

Aufgrund der fortgeschrittenen Zeit nur ein paar kurze Bemerkungen:

Als 17 Jähriger Postjungbote hatte ich das Glück, Max Reimann zu erleben, der für die KPD dem Parlamentarischen Rat angehörte. Er sprach über seine Erfahrungen im Parlamentarischen Rat, und wie für jedes einzelne Grundrecht gerungen werden musste. Ich kann mich zwar nicht mehr an Einzelheiten erinnern, aber beeindruckt hat mich schon sein Satz „Wir Kommunisten haben dem Grundgesetz die Zustimmung verweigert, weil es die Spaltung Deutschlands besiegelt. Wir werden aber die Ersten sein, die es verteidigen gegen diejenigen die es angenommen haben.“

Schon wenige Jahre später wurde das erste Berufsverbots-Verfahren gegen mich eröffnet. Zu allen Anhörungen und auch später vor Gericht habe ich das Grundgesetz mitgenommen. Doch meine Haltung dazu interessierte nie jemanden. Und so wurde ich 1984 aus dem Postdienst entlassen.

Da ich damals noch Beamter auf Probe war, ging das ohne jedes Gerichtsverfahren. Ich musste sogar um meine Arbeitslosenunterstützung kämpfen. Und so wird es nun nach der Verschärfung des Disziplinarrechts durch Frau Faeser nun allen auch den Beamten auf Lebenszeit gehen, an denen „Zweifel an der Verfassungstreue“ bestehen. Wer das ist, das bestimmt der „Verfassungsschutz“.

Der „Verfassungsschutz“ - wie das entsprechende „Landesamt“ Baden-Württemberg, das mir unter anderem mitteilte dass ich mich an der Organisation einer Demonstration gegen die NPD beteiligt hätte. Und das ist nach diesem Landesamt ein Anhaltspunkt für fehlende Verfassungstreue. Schon deshalb glaube ich nicht, dass dieser Geheimdienst in irgendeiner Weise behilflich sein kann im Kampf gegen Rechts.

Entsetzt bin ich darüber, dass statt unserer Rehabilitierung, die ja zumindest geprüft werden sollte, wie man uns im Frühjahr 2022 beim Gespräch im Bundes-Innenministerium versprochen hatte, nun das Disziplinarrecht „gegen alle Extremisten“ so verschärft wurde und die Beweislastumkehr sogar ins Gesetz geschrieben wurde. Der DGB kritisierte das zu Recht in seiner Stellungnahme. Aber das interessiert diese Bundesregierung nicht.

Wir Betroffene werden weiter dafür kämpfen, endlich rehabilitiert und entschädigt zu werden. Und wir werden gemeinsam mit unseren Bündnispartnern weiter für die Verteidigung der demokratischen Grundrechte und gegen Rechts kämpfen. Dass uns der „Verfassungsschutz“ dabei behilflich sein kann, glaube ich nicht, das entspricht schlicht nicht unseren Erfahrungen!